

Bundesgesetzblatt ⁴⁶¹

Teil II

G 1998

2009

Ausgegeben zu Bonn am 25. Mai 2009

Nr. 16

Tag	Inhalt	Seite
19. 5. 2009	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Oktober 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE011	462
19. 5. 2009	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. November 2007 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE012	469
19. 5. 2009	Verordnung zur Änderung der Anlagen 1 und 2 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Siebte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)	478
21. 4. 2009	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-neuseeländischen Abkommens über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Neuseeland auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (deutsch-neuseeländisches Streitkräfteaufenthaltsabkommen) sowie der dazugehörigen Verordnung	489
21. 4. 2009	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Camber Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-27-10)	490
21. 4. 2009	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Corporation“ (Nr. DOCPER-TC-30-03)	492
22. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	495
22. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	496
22. 4. 2009	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen und über die Überstellung flüchtiger Straftäter	497
24. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 13 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe	497
24. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte	498
28. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	499
28. 4. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	500

Gesetz
zu dem Abkommen vom 15. Oktober 2004
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 19. Mai 2009

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tripolis am 15. Oktober 2004 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 19. Mai 2009

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Sozialistische Libysch-Arabisch-Volks-Dschamahirija –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Landes im Hoheitsgebiet des anderen Landes zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die individuelle wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Länder zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

The Federal Republic of Germany

and

the Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya –

desiring to intensify economic co-operation between both countries,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either country in the territory of the other country,

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate individual business initiative and to increase the prosperity of both countries –

have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezieht sich der Begriff „Investoren“ in Bezug auf die jeweilige Vertragspartei auf
- a) natürliche Personen, die
 - in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, und
 - in Bezug auf die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija im Sinne ihrer geltenden Rechtsvorschriften als Staatsangehörige gelten;
 - b) juristische Personen, einschließlich Gesellschaften, Handelsgesellschaften, Wirtschaftsvereinigungen sowie andere Organisationen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei einschließlich des Küstenmeers sowie die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.
3. the term “investors” with regard to either Contracting Party refers to:
- (a) natural persons who
 - in respect of the Federal Republic of Germany are Germans within the meaning of its Basic Law; and
 - in respect of the Socialist People’s Libyan Arab Jamahiriya are considered to be nationals within the meaning of its applicable laws;
 - (b) legal entities, including companies, corporations, business associations and other organizations, with or without legal personality which have their seat in the territory of that Contracting Party, irrespective of whether or not their activities are directed at profit;
4. the term “territory” means the territory of either Contracting Party including the territorial sea as well as the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz des Abkommens gewähren. Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Als „Betätigung“ im Sinne dieses Artikels ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne dieses Artikels ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne dieses Artikels.

Article 2

Promotion and Protection of Investments

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation.

(2) Each Contracting Party shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment as well as full protection under the Agreement. Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

(3) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

Article 3

Treatment of Investments

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of this Article: the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of this Article: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of this Article.

(4) Die aufgrund dieses Artikels gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(5) Die aufgrund dieses Artikels gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

(7) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitsgenehmigung werden wohlwollend geprüft.

(8) Die Investoren der Vertragsparteien können internationale Transportmittel für den Transport von Personen und Investitionsgütern in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Sinne dieses Abkommens frei wählen.

Artikel 4

Entschädigung bei Enteignung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(5) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

(6) The provisions of this Article do not oblige a Contracting Party to extend to investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.

(7) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(8) The investors of either Contracting Party are free to choose international means of transport for the transport of persons and capital-goods directly connected with an investment within the meaning of this Agreement.

Article 4

Compensation in Case of Expropriation

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not directly or indirectly be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Artikel 5**Freier Transfer**

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6**Subrogation**

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7**Transferbestimmungen**

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs. Als „unverzüglich“ durchgeführt gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(2) Ist ein Devisenmarkt nicht vorhanden, so ist der von der jeweiligen Zentralbank für ausländische Direktinvestitionen angewandte letztgültige Kurs oder der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen, je nachdem, was für den Investor günstiger ist.

Artikel 8**Sonstige Bestimmungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9**Anwendungsbereich**

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvor-

Article 5**Free Transfer**

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6**Subrogation**

If either Contracting Party makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7**Provisions for Transfer**

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer. A transfer shall be deemed to have been made "without delay" if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(2) In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used will be the most recent rate applied to inward investments by the respective Central Bank or the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights, whichever is more favourable to the investor.

Article 8**Other Provisions**

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 9**Scope of Application**

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the

schriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben. Dieses Abkommen gilt jedoch nicht für Streitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der Vertragsparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von fünf Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Der Obmann des Schiedsgerichts soll ein Staatsangehöriger eines dritten Staates sein, mit dem beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten.

Artikel 11

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, ist Artikel 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die

territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation. However, this Agreement shall not apply to disputes which have been raised prior to its entry into force.

Article 10

Settlement of Disputes between the Contracting Parties

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled within a period of three months from the date on which the matter was raised by either Contracting Party, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within five months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) The chairman of the arbitration tribunal shall be a national of a third State with which both Contracting Parties maintain diplomatic relations.

Article 11

Settlement of Disputes between a Contracting Party and an Investor of the other Contracting Party

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute have agreed otherwise, the provisions of Article 10 (3) to (5) shall be applied mutatis mutandis on condition that the appointment of the members of the arbitration tribunal in accordance with Article 10 (3) is effected by the parties in dispute and that, inso-

Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, dass beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Streitigkeiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit einem solchen Verfahren.

Artikel 12
Beziehungen
zwischen den Vertragsparteien

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13
Inkrafttreten,
Geltungsdauer und Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf auf diplomatischem Weg schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Tripolis am 15. Oktober 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Chrobog
Staffelt

Für die Sozialistische Libysch-Arabisch-Volks-Dschamahirija
For the Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya

Siala

far as the periods specified in Article 10 (3) are not observed, either party in dispute may, in the absence of other arrangements, invite the President of the Court of International Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the required appointments. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(3) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(4) In the event of both Contracting Parties having become Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, disputes under this Article between the parties in dispute shall be submitted for arbitration under the aforementioned Convention, unless the parties in dispute agree otherwise; each Contracting Party herewith declares its acceptance of such a procedure.

Article 12
Relations
between the Contracting Parties

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13
Entry into Force,
Duration and Termination

(1) This Agreement shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Agreement.

Done at Tripoli on 15 October 2004 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Arabic texts, the English text shall prevail.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. November 2007
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 19. Mai 2009

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bremen am 13. November 2007 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 19. Mai 2009

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Hashemite Kingdom of Jordan
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Haschemitische Königreich Jordanien,
nachstehend „Vertragsparteien“ genannt –

The Federal Republic of Germany
and
the Hashemite Kingdom of Jordan
hereinafter referred to as the “Contracting Parties” –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State, and

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die individuelle wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –

haben Folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

**Article 1
Definitions**

(1) Der Begriff „Kapitalanlagen“ bezeichnet Vermögenswerte jeder Art, die von Investoren der einen Vertragspartei direkt oder indirekt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angelegt werden, und umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich:

(1) The term “investment” means every kind of asset invested directly or indirectly by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, and in particular, though not exclusively, includes:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Eigentumsrechte wie Hypotheken und Pfandrechte, Nießbrauch und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen für natürliche Ressourcen.

- a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens, pledges, usufructs and similar rights;
- b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
- c) claims to money or to any performance having an economic value;
- d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trade-marks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
- e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract or exploit natural resources.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment.

(2) Der Begriff „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte.

(2) The term “returns” shall mean the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees.

- (3) Der Begriff „Investoren“ bezeichnet
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in Bezug auf das Haschemitische Königreich Jordanien:
- natürliche Personen, die Staatsangehörige des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften sind;
 - juristische Personen, einschließlich Gesellschaften, Handelsgesellschaften, Wirtschaftsvereinigungen und Personengesellschaften, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Haschemitischen Königreichs Jordanien gegründet oder anderweitig ordnungsgemäß errichtet sind und die in dessen Hoheitsgebiet ihre tatsächliche Geschäftstätigkeit ausüben.

Artikel 2

Förderung und Zulassung

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird diese Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln. Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die aufgrund dieses Artikels gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(5) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte in einer Sonderwirtschaftszone, die eine Vertragspartei den eigenen sowie ausländischen Investoren unterschiedslos gewährt.

Artikel 4

Entschädigung im Falle von Enteignung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

- (3) The term “investors” shall mean
- a) in respect of the Federal Republic of Germany:
- Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
 - any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;
- b) in respect of the Hashemite Kingdom of Jordan:
- a natural person who is a national of the Hashemite Kingdom of Jordan in accordance with its legislation;
 - legal persons or other entities, including companies, corporations, business associations and partnerships which are constituted or otherwise duly organized under the legislation of the Hashemite Kingdom of Jordan and have their effective economic activities in its territory.

Article 2

Promotion and Admission

Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible the investment by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment. Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

Article 3

National Treatment and Most-Favoured-Nation Treatment

(1) Neither Contracting Party shall in its territory subject investments owned or controlled by investors of the other Contracting Party, to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall in its territory subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

(5) This treatment shall not apply to privileges in a special economic zone granted without distinction to domestic and foreign investors by a Contracting Party.

Article 4

Compensation in Case of Expropriation

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Subrogation

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Die Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10 werden davon nicht berührt. Für den Transfer von Zahlungen an die betreffende Vertragspartei aufgrund einer solchen Übertragung gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Transfermodalitäten

(1) Transfers nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not directly or indirectly be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provisions shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation for the determination and the giving of such compensation. The legality of any such expropriation and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own investors, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in the present Article.

Article 5

Free Transfer

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

Subrogation

If either Contracting Party makes payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such investors to the former Contracting Party. Furthermore, the latter Contracting Party shall recognize the subrogation of that Contracting Party to any such right or claim, which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. The rights of the former Contracting Party under Article 10 shall not be affected. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, paragraphs 2 and 3 of Article 4 as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

Modalities of Transfer

(1) Transfers under paragraph 2 or 3 of Article 4, under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

Sonstige Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, wenn möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen einschlägigen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(2) Should there be no foreign exchange market the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights shall apply.

Article 8

Other Obligations

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement, contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over the present Agreement.

(2) Either Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 9

Scope of Application

The present Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

Settlement of Disputes between the Contracting Parties

(1) Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: Each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Artikel 11**Beilegung von Streitigkeiten
zwischen einer Vertragspartei
und einem Investor der anderen Vertragspartei**

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei alternativ oder nacheinander unterbreitet:

- a) dem zuständigen Gericht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage erfolgt ist;
- b) einem internationalen Schiedsverfahren, das entweder unterliegt:
 - dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) oder
 - den Schlichtungsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) oder
 - den Schlichtungsregeln der Internationalen Handelskammer (ICC) oder
 - jedweder anderen Form von Schlichtungsvereinbarung, die von den Streitparteien getroffen wurde.

Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit diesen internationalen Schiedsverfahren.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in den genannten Übereinkünften vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12**Beziehungen
zwischen den Vertragsparteien**

Dieses Abkommen bleibt auch im Fall eines zwischen den Vertragsparteien entstehenden Konflikts in Kraft; dies beeinträchtigt jedoch nicht das Recht, nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts erlaubte zeitweilige Maßnahmen zu treffen. Solche Maßnahmen werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung des Konflikts außer Kraft gesetzt, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen wiederhergestellt wurden.

Artikel 13**Protokoll**

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 14**Inkrafttreten,
Geltungsdauer und Kündigung**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf

Article 11**Settlement of Disputes
between a Contracting Party and
an Investor of the other Contracting Party**

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall be submitted at the request of the investor of the other Contracting Party alternatively or consecutively to:

- (a) the competent court of the Contracting Party in whose territory the investment has been made;
- (b) international arbitration under either:
 - the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States (ICSID), or
 - the rules of arbitration of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL), or
 - the rules of arbitration of the International Chamber of Commerce (ICC), or
 - any other form of dispute settlement agreed upon by the parties to the dispute.

Each Contracting Party herewith declares its acceptance of such international arbitral procedures.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said instruments. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12**Relations
between the Contracting Parties**

The provisions of the present Agreement shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the rights of taking such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Measures of this kind shall be repealed not later than on the date of the actual termination of the conflict, irrespective of whether or not diplomatic relations have been re-established.

Article 13**Protocol**

The attached Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Article 14**Entry into Force,
Duration and Termination**

(1) The present Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The present Agreement shall enter into force one month after the day of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall continue

unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von einem Jahr vor Ablauf auf diplomatischem Weg schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten der Vertrag vom 15. Juli 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, das dazugehörige Protokoll und der Notenaustausch vom gleichen Datum außer Kraft.

(4) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Bremen am 13. November 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

in force thereafter for an unlimited period unless denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party one year before its expiration. After the expiry of the period of ten years the present Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving one year's notice.

(3) Upon entry into force of this Agreement the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Hashemite Kingdom of Jordan concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments of July 15, 1974, the associated Protocol and the Exchange of Notes of the same date shall be terminated.

(4) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of the present Agreement.

Done at Bremen on 13 November 2007 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of a divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

K. Burkhardt

Für das Haschemitische Königreich Jordanien
For the Hashemite Kingdom of Jordan

Maen Nsour

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Hashemite Kingdom of Jordan
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland und das Haschemitische Königreich Jordanien haben zum Abkommen vom 13. November 2007 über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen die nachfolgenden Bestimmungen vereinbart:

The Federal Republic of Germany and the Hashemite Kingdom of Jordan have agreed on the following provisions to the Agreement of 13 November 2007 concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments:

1. Zu Artikel 1

- a) Der Begriff „indirekt angelegt“ bezeichnet Kapitalanlagen eines Investors einer Vertragspartei durch eine Gesellschaft, die sich ganz oder teilweise im Besitz des Investors befindet und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei hat.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die ursprüngliche Kapitalanlage.
- c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

(1) Ad Article 1

- a) "Invested indirectly" means invested by an investor of one Contracting Party through a company which is fully or partially owned by the investor and having its seat in the territory of the other Contracting Party.
- b) Returns from an investment, as well as returns from re-invested returns, shall enjoy the same protection as the original investment.
- c) Without prejudice to any other method of determining nationality, any person in possession of a national passport issued by the appropriate authorities of either Contracting Party shall be deemed to be a national of that Party.

2. Zu Artikel 2

Das Abkommen gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(2) Ad Article 2

The Agreement shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

(3) Ad Article 3

- a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of paragraph 2 of Article 3: the management, maintenance, use, and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of paragraph 2 of Article 3: unequal treatment in the case of restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of power or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitsgenehmigung werden wohlwollend geprüft.
4. Zu Artikel 7
- Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt am Tag der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
5. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von
- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.
- b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
- (4) Ad Article 7
- A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of paragraph 1 of Article 7 if made within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.
- (5) Whenever goods or persons connected with the making of investments are to be transported, either Contracting Party shall neither exclude nor hinder transportation enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transports. This includes the transportation of
- a) goods directly intended for an investment within the meaning of the present Agreement or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the present Agreement are invested;
- b) persons travelling in connection with the making of investments.

**Verordnung
zur Änderung der Anlagen 1 und 2
des Übereinkommens vom 1. September 1970
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind
(Siebte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)**

Vom 19. Mai 2009

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Änderung der Anlagen 1 und 3 des ATP-Übereinkommens vom 20. Juli 1988 (BGBl. 1988 II S. 630, 672), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Februar 2009 (BGBl. I S. 150) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Artikel 1

Die von den Vertragsparteien des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) (BGBl. 1974 II S. 565, 566), das zuletzt durch die Änderungen vom 19. Dezember 2003 der Anlage 1 Anhang 2 (BGBl. 2005 II S. 1194, 1195) geändert worden ist, gemäß dessen Artikel 18 angenommenen und durch Notifikation des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 6. März 2008 übermittelten Änderungen der Anlagen 1 und 2 werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die in Artikel 1 genannten Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft treten.
- (3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.
- (4) Der Tag, an dem die Änderungen nach Artikel 18 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

—————
Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 19. Mai 2009

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Änderungen des ATP-Übereinkommens,
verabschiedet in der sechzigsten und einundsechzigsten Sitzung,
geändert in der zweiundsechzigsten Sitzung

Amendments to the ATP
adopted at the sixtieth and sixty-first sessions
and modified at the sixty-second session

Amendements à l'ATP
adoptés par les soixantième et soixante-et-unième sessions
et modifiés à la soixante-deuxième session

(Übersetzung)

Following an objection to proposed amendments to the Agreement on the International Carriage of Perishable Foodstuffs and on the Special Equipment to be Used for such Carriage (ATP) contained in ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 and Add.2, the text of those proposals had been considered not accepted in accordance with Article 18 of the ATP.

At its 63rd session, the Working Party decided to resubmit to the United Nations Treaty Section for communication to Contracting Parties only those proposed amendments (contained in ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 and Add.2) to which there had not been any objection or to which the objection could be considered purely typographical (see ECE/TRANS/WP.11/216, paragraph 19). The secretariat reproduces below the text of the draft amendments.

Annex 1

Paragraph 1.

Replace "characterized" with "specified" (twice).

After "than 0.40 W/m².K", replace ";" with "and by" and "walls" with "side-walls".

Delete:

"This second condition is, however, not required for transport equipment designed prior to the date of entry into force of this amendment³) and built before that date or during a period of three years following that date."

Suite à une objection émise à l'encontre de propositions d'amendement à l'Accord relatif aux transports internationaux de denrées périssables et aux engins spéciaux à utiliser pour ces transports (ATP) contenus dans les documents ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 et Add.2, le texte de ces propositions a été considéré comme n'ayant pas été accepté conformément à l'article 18 de l'ATP.

Lors de sa soixante-troisième session, le Groupe de travail a décidé de ne resoumettre à la Section des traités de l'ONU à New York pour communication aux Parties Contractantes que les propositions d'amendement (contenues dans les documents ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 et Add.2) n'ayant fait l'objet d'aucune objection ou n'ayant soulevé qu'une objection d'ordre typographique (voir ECE/TRANS/WP.11/216, paragraphe 19). Le texte des projets d'amendement est reproduit ci-après.

Annexe 1

Paragraphe 1.

Remplacer «caractérisé» par «spécifié» (deux fois).

Après «0,40 W/m².K», remplacer «;» par «et par» et insérer «latérales» après «des parois».

Supprimer:

«Toutefois, cette deuxième condition n'est pas requise pour les engins de transport conçus avant la date d'entrée en vigueur de cet amendement³) et construits avant cette date ou pendant la période de trois ans qui suit cette date.»

Auf Einspruch gegen die in ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 und Add.2 enthaltenen vorgeschlagenen Änderungen zum Übereinkommen über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP), wurde der Text dieser Vorschläge in Übereinstimmung mit Artikel 18 des ATP als nicht akzeptiert erachtet.

In ihrer 63. Sitzung hat die Arbeitsgruppe beschlossen, der Sektion Verträge der Vereinten Nationen zwecks Unterrichtung der Vertragsparteien nur diejenigen vorgeschlagenen Änderungen (enthalten in ECE/TRANS/WP.11/214/Add.1 und Add.2) wieder vorzulegen, gegen die nicht Einspruch erhoben wurde oder gegen die lediglich Einsprüche drucktechnischer Art erhoben wurden (siehe ECE/TRANS/WP.11/216, Absatz 19). Nachfolgend werden die Änderungsvorschläge wiedergegeben:

Anlage 1

Ziffer 1 wird wie folgt geändert:

(Diese Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Nach der Angabe „als 0,40 W/m².K“ werden die Wörter „und durch“ angefügt.

Das Wort „Wanddicke“ wird durch das Wort „Seitenwanddicke“ ersetzt.

Folgender Satz wird gestrichen:

„Die zweite Bedingung wird jedoch nicht gefordert bei Beförderungsmitteln, die vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Änderung³) entworfen und innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach diesem Tag hergestellt worden sind.“

Delete the footnote:

“³⁾ The date of entry into force of this amendment is 15 May 1991.”.

Paragraph 2.

Delete: “with the aid of appropriate refrigerants and fittings”.

Replace “Such equipment shall comprise one or more compartments,” with “If such equipment includes one or more compartments,”.

In the last sentence, replace “coefficient of equipment” with “coefficient of refrigerated equipment”.

Paragraph 4. Read as follows:

“Heated equipment. Insulated equipment, which is capable of raising the inside temperature of the empty body to, and thereafter maintaining it for not less than 12 hours without renewal of supply at, a practically constant value of not less than +12 °C when the mean outside temperature, as indicated below:

–10 °C in the case of class A heated equipment;

–20 °C in the case of class B heated equipment.

The K coefficient of equipment of class B shall in every case be equal to or less than 0.40 W/m².K.”.

Paragraph 5. To be deleted.

Annex 1, Appendix 1

Paragraph 1. Read (a) as follows:

“(a) before equipment enters into service;”.

Annex 1, Appendix 2

Paragraph 1. Amend to read:

“K coefficient. The overall heat transfer coefficient (K coefficient) of the special equipment is defined by the following formula:

$$K = \frac{W}{S \cdot \Delta T}$$

where W is either the heating power or the cooling capacity, as the case may be, required to maintain a constant absolute temperature difference ΔT between the mean inside temperature T_i and the mean outside temperature T_e , during continuous operation, when the mean outside temperature T_e is constant for a body of mean surface area S.”.

Supprimer la note de bas de page:

«³⁾ La date d'entrée en vigueur de cet amendement est le 15 mai 1991.».

Paragraphe 2.

Supprimer «en utilisant des agents frigorigènes et des aménagements appropriés».

Lire la deuxième phrase comme suit: «Si ces engins comportent un ou plusieurs compartiments, récipients ou réservoirs réservés à l'agent frigorigène, ces équipements doivent: ... (reste sans changement)».

Dernière phrase, insérer «réfrigérants» après «des engins».

Paragraphe 4. Lire comme suit:

«Engin calorifique. Engin isotherme qui permet d'élever la température à l'intérieur de la caisse vide et de la maintenir ensuite pendant 12 heures au moins sans réapprovisionnement, à une valeur pratiquement constante et pas inférieure à +12 °C, la température moyenne extérieure comme indiquée ci-après:

–10 °C dans le cas des engins calorifiques de la classe A;

–20 °C dans le cas des engins calorifiques de la classe B.

Le coefficient K des engins de la classe B doit être obligatoirement égal ou inférieur à 0,40 W/m².K.».

Paragraphe 5. Supprimer.

Annexe 1, appendice 1

Paragraphe 1.

c) Remplacer «cette autorité» par «l'autorité compétente».

Annexe 1, appendice 2

Paragraphe 1. Lire comme suit:

«Coefficient K. La valeur globale du coefficient de transmission thermique (coefficient K) des engins spéciaux est définie par la relation suivante:

$$K = \frac{W}{S \cdot \Delta T}$$

où W est la puissance de chauffage ou de refroidissement, selon le cas, nécessaire pour maintenir en régime permanent l'écart en valeur absolue ΔT entre les températures moyennes intérieure T_i et extérieure T_e , lorsque la température moyenne extérieure T_e est constante, pour une caisse de surface moyenne S.».

Die Fußnote „³⁾ Tag des Inkrafttretens 15. Mai 1991“ wird gestrichen.

Ziffer 2

Die Wörter „unter Verwendung der geeigneten Kühlmittel und Anlagen“ werden gestrichen.

Die Wörter „Das Beförderungsmittel muss für das Kühlmittel ein oder mehrere Abteile, Gefäße oder Behälter besitzen. Diese Abteile, Gefäße oder Behälter müssen“ werden durch die Wörter „Besitzt ein solches Beförderungsmittel ein oder mehrere Abteile, Gefäße oder Behälter für das Kühlmittel, so müssen diese“ ersetzt.

Im letzten Satz werden die Wörter „k-Wert der Beförderungsmittel“ durch die Wörter „k-Wert der Beförderungsmittel mit Kältespeicher“ ersetzt.

Ziffer 4 wird wie folgt gefasst:

„Beförderungsmittel mit Heizanlage. Beförderungsmittel mit Wärmedämmung, in dem die Innentemperatur des leeren Kastens erhöht und mindestens zwölf Stunden lang ohne nochmalige Versorgung auf nicht weniger als +12 °C praktisch konstant gehalten werden kann, während die mittlere Außentemperatur die nachstehend angegebene ist:

–10 °C bei Beförderungsmitteln mit Heizanlage der Klasse A;

–20 °C bei Beförderungsmitteln mit Heizanlage der Klasse B.

Der k-Wert der Beförderungsmittel der Klasse B muss gleich oder kleiner sein als 0,40 W/m².K.“

Ziffer 5 wird aufgehoben.

Anlage 1, Anhang 1

Ziffer 1

(Diese Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Anlage 1, Anhang 2

Ziffer 1 wird wie folgt gefasst:

„k-Wert. Der Gesamt-Wärmedurchgangskoeffizient (k-Wert) der besonderen Beförderungsmittel ergibt sich aus der Beziehung

$$k = \frac{W}{S \cdot \Delta T}$$

wobei W die Wärmeleistung bzw. die Kälteleistung bedeutet, die erforderlich ist, um für einen Kasten mit einer mittleren Oberfläche S während des Beharrungszustandes einen konstanten absoluten Temperaturunterschied ΔT zwischen der mittleren Innentemperatur T_i und der mittleren Außentemperatur T_e aufrechtzuerhalten, bei konstanter mittlerer Außentemperatur T_e .“

Paragraph 2.

Read the last sentence as follows:

“In determining the two surface areas S_i and S_e , structural peculiarities and surface irregularities of the body, such as chamfers, wheel-arches and similar features, shall be taken into account and shall be noted under the appropriate heading in test reports; however, if the body is covered with corrugated sheet metal the area considered shall be that of the plane surface occupied, not that of the developed corrugated surface.”.

Paragraph 3.

Replace “ (θ_i) ” with “ (T_i) ”.

Paragraph 4.

Replace “ (θ_e) ” with “ (T_e) ”.

(a) At the end, insert “and”.

Paragraph 5.

Replace “ θ_i ” with “ T_i ” and “ θ_e ” with “ T_e ”.

Paragraph 6.

Replace “°C” with “K” (three times), “thermal capacity” with “heating power or cooling capacity” (twice) and “internal and external temperatures” with “inside and outside temperatures”.

Paragraph 7.

Replace “Insulating capacity” with “K coefficient”.

Paragraph 9.

(first sentence to be deleted).

Amend the second sentence to read: “During the test, whether by the internal cooling method or by the internal heating method, the mass of air in the chamber shall be made to circulate continuously so that the speed of movement of the air 10 cm from the walls is maintained at between 1 and 2 metres/second.”.

Paragraph 10.

Replace “applied” with “used” (twice), “(resistors and the like)” with “(resistors etc.)”, “an air blower” with “fans”, “all interval surfaces” with “all inside surfaces” and “2 °C” with “2 K”.

Paragraph 13.

Replace “2 °C” with “2 K”.

Paragraph 15. To be deleted.

Paragraphe 2.

Lire la dernière phrase comme suit:

«La détermination des deux surfaces S_i et S_e est faite en tenant compte des singularités de structure de la caisse ou des irrégularités de la surface, telles que chanfreins, décrochements pour passage des roues, autres particularités, et il est fait mention de ces singularités ou irrégularités à la rubrique appropriée des procès-verbaux d'essai; toutefois, si la caisse comporte un revêtement du type tôle ondulée, la surface à considérer est la surface droite de ce revêtement et non la surface développée.».

Paragraphe 3.

Remplacer « (θ_i) » par « (T_i) ».

Paragraphe 4.

Remplacer « (θ_e) » par « (T_e) ».

a) Ajouter «et» à la fin du a).

Paragraphe 5.

Remplacer « θ_i » par « T_i » et « θ_e » par « T_e ».

Paragraphe 6.

Remplacer «°C» par «K» (trois fois) et «puissance thermique» par «puissance de chauffage ou de refroidissement» (deux fois).

Paragraphe 7.

Remplacer «Le contrôle de l'isothermie de ces engins sera effectué» par «La mesure des coefficients K sera effectuée».

Paragraphe 9.

(première phrase supprimée).

Dans la deuxième phrase, remplacer «l'atmosphère de la chambre» par «la masse d'air de la chambre».

Paragraphe 10.

Remplacer «d'un dispositif de soufflage d'air» par «de ventilateurs» et «2 °C» par «2 K».

Paragraphe 13.

Remplacer «2 °C» par «2 K».

Paragraphe 15. A supprimer.

Ziffer 2

Der letzte Satz wird wie folgt gefasst:

„Bei der Ermittlung der beiden Flächen S_i und S_e sind bauliche Besonderheiten des Kastens oder Unregelmäßigkeiten seiner Oberfläche, wie Abschrägungen, Radkästen und ähnliche Merkmale, zu berücksichtigen und an der entsprechenden Stelle der Prüfberichte aufzuführen; ist jedoch der Kasten wellblechartig verkleidet, so ist nicht die tatsächliche, sondern die projizierte Oberfläche zu berücksichtigen.“

Ziffer 3

Das Symbol „ (θ_i) “ wird durch das Symbol „ (T_i) “ ersetzt.

Ziffer 4

Das Symbol „ (θ_e) “ wird durch das Symbol „ (T_e) “ ersetzt.

Am Ende des Buchstabens a wird das Wort „und“ eingefügt.

Ziffer 5

Die Symbole „ θ_i “ und „ θ_e “ werden jeweils durch die Symbole „ T_i “ und „ T_e “ ersetzt.

Ziffer 6

Das Zeichen „°C“ wird dreimal durch das Zeichen „K“ ersetzt.

(Die übrigen Änderungen betreffen nicht die deutsche Fassung.)

Ziffer 7

Die Wörter „Die Wirksamkeit der Wärmedämmung“ werden durch die Wörter „Der k-Wert“ und das Wort „geprüft“ wird durch das Wort „gemessen“ ersetzt.

Ziffer 9

Der erste Satz wird gestrichen.

Der zweite Satz wird wie folgt gefasst:

„Sowohl bei der Prüfung nach dem Verfahren mit Innenkühlung als auch nach dem Verfahren mit Innenheizung ist die Luft im Raum ständig so umzuwälzen, dass ihre Geschwindigkeit in 10 cm Abstand von den Wänden zwischen 1 und 2 m/s gehalten wird.“

Ziffer 10

Die Wörter „(Widerstände und so weiter)“ werden durch die Wörter „(Widerstände usw.)“ ersetzt und die Angabe „2 °C“ wird durch die Angabe „2 K“ ersetzt.

(Die übrigen Änderungen betreffen nicht die deutsche Fassung.)

Ziffer 13

Die Angabe „2 °C“ wird durch die Angabe „2 K“ ersetzt.

Ziffer 15 wird aufgehoben.

Paragraph 17.

Replace “Insulating capacity” with “K coefficients” and “tested” with “measured”.

Paragraphe 17.

Remplacer «Le contrôle sera effectué» par «Les coefficients K doivent être mesurés».

Ziffer 17 wird wie folgt gefasst:

„Die k-Werte sind in einem wärmege-
dämmten Raum nach dem Verfahren mit
Innenheizung bei leerem Kessel im Behar-
rungszustand zu prüfen.“

Paragraph 19.

Amend to read: “The mass of air in the chamber shall be made to circulate continuously so that the speed of movement of the air 10 cm from the walls is maintained at between 1 and 2 metres/second.”.

Paragraphe 19.

Remplacer «L’atmosphère» par «La masse d’air».

Ziffer 19

(Diese Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Paragraph 20. Amend to read:

“An electrical heating appliance (resistors, etc.) shall be placed inside the tank. If the tank has several compartments, an electrical heating appliance shall be placed in each compartment. The electrical heating appliances shall be fitted with fans with a delivery rate sufficient to ensure that the difference between the maximum temperature and the minimum temperature inside each compartment does not exceed 3 K when continuous operation has been established. If the tank comprises several compartments, the difference between the mean temperature in the coldest compartment and the mean temperature in the warmest compartment shall not exceed 2 K, the temperatures being measured as specified in paragraph 21 of this appendix.”.

Paragraphe 20. Lire comme suit:

«Un dispositif de chauffage électrique (résistances, etc.) sera placé à l’intérieur de la citerne. Si celle-ci comporte plusieurs compartiments, un dispositif de chauffage électrique sera placé dans chaque compartiment. Les dispositifs de chauffage électrique comporteront des ventilateurs d’un débit suffisant pour que l’écart de température entre les températures maximale et minimale à l’intérieur de chacun des compartiments n’excède pas 3 K lorsque le régime permanent aura été établi. Si la citerne comporte plusieurs compartiments, la température moyenne du compartiment le plus froid ne devra pas différer de plus de 2 K de la température moyenne du compartiment le plus chaud, les températures étant mesurées comme indiqué au paragraphe 21 du présent appendice.».

Ziffer 20 wird wie folgt gefasst:

„In den Kessel ist eine elektrische Heizeinrichtung (Widerstände usw.) zu stellen. Enthält der Kessel mehrere Kammern, so ist in jeder Kammer eine elektrische Heizeinrichtung aufzustellen. Die elektrischen Heizeinrichtungen sind mit so leistungsfähigen Ventilatoren zu versehen, dass in jeder Kammer nach Erreichen des Beharungszustandes der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten Temperatur 3 K nicht überschreitet. Bei Kesseln mit mehreren Kammern darf der Unterschied zwischen den mittleren Temperaturen der kältesten und der wärmsten Kammer nicht mehr als 2 K betragen, wobei die Temperaturen nach Ziffer 21 dieses Anhangs gemessen werden.“

Paragraph 23.

Replace “2 °C” with “2 K”.

Paragraphe 23.

Remplacer «2 °C» par «2 K».

Ziffer 23

Die Angabe „2 °C“ wird durch die Angabe „2 K“ ersetzt.

Paragraph 25. To be deleted.

Paragraphe 25. A supprimer.

Ziffer 25 wird aufgehoben.

Paragraph 30. To be deleted.

Paragraphe 30. A supprimer.

Ziffer 30 wird aufgehoben.

Replace “efficiency” with “effectiveness”.

(Diese Änderungsanweisung in der englischen Version betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Paragraph 32. Amend to read:

“The empty equipment shall be placed in an insulated chamber whose mean temperature shall be kept uniform, and constant to within ± 0.5 K, at $+30$ °C. The mass of air in the chamber shall be made to circulate as described in paragraph 9 of this appendix.”.

Paragraphe 32. Lire comme suit:

«L’engin, vide de tout chargement, sera placé dans une chambre isotherme dont la température moyenne sera maintenue uniforme et constante à $+30$ °C, à $\pm 0,5$ K près. La masse d’air intérieur de la chambre sera brassée comme il est indiqué au paragraphe 9 du présent appendice.».

Ziffer 32 wird wie folgt gefasst:

„Das leere Beförderungsmittel ist in einen wärmege-
dämmten Prüfraum zu stellen,
dessen mittlere Temperatur einheitlich und
gleichbleibend auf $+30$ °C $\pm 0,5$ K gehalten
wird. Die Luft im Prüfraum wird in der unter
Ziffer 9 dieses Anhangs beschriebenen
Weise umgewälzt.“

Paragraph 40.

In the last sentence, replace “(if any) of” with “with any”.

Paragraphe 40.

(concerne la version anglaise seulement).

Ziffer 40

(Diese Änderung betrifft nur die englische Fassung.)

Paragraph 47.

Replace the first sentence with:

“The test shall be continued for 12 hours after the difference between the mean inside temperature and the mean outside temperature of the body has reached the level corresponding to the conditions prescribed for the class to which the equipment is presumed to belong. In the case of

Paragraphe 47.

Remplacer la première phrase comme suit:

«L’essai sera poursuivi pendant 12 heures après le moment où la différence entre la température moyenne intérieure de la caisse et la température moyenne extérieure aura atteint la valeur correspondant aux conditions fixées pour la classe présumée de l’engin. Dans le cas des engins neufs la

Ziffer 47

Der erste Satz wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Die Prüfung ist von dem Zeitpunkt an zwölf Stunden lang fortzusetzen, zu dem der Unterschied zwischen der mittleren Innentemperatur und der mittleren Außentemperatur des Kastens den für die ange-
nommene Klasse des Beförderungsmittels jeweils maßgebenden Wert erreicht hat.“

new equipment, the above temperature difference shall be increased by 35 per cent.”.

Paragraph 49.

In (a), replace “ $\Delta\theta$ ” with “ ΔT ” and “ $\Delta\theta'$ ” with “ $\Delta T'$ ”.

In (c), replace “ $^{\circ}C$ ” with “ K ”.

In (d)(i), replace “If the results are unfavourable” with “If the results are not acceptable”.

In (d)(ii), amend the last sentence to read: “If the results of the examinations and of the determination of effectiveness are acceptable, all the equipment in question may be kept in service in its initial class for a further period of six years.”.

Paragraph 51. Amend to read:

“When attached to either a calorimeter box or the insulated body of a unit of transport equipment, and operating continuously, this capacity is:

$$W_o = W_j + U \cdot \Delta T$$

where

U is the heat leakage of the calorimeter box or insulated body, Watts/ $^{\circ}C$,

ΔT is the difference between the mean inside temperature T_i and the mean outside temperature T_e of the calorimeter or insulated body (K),

W_j is the heat dissipated by the fan heater unit to maintain each temperature difference in equilibrium.”.

Paragraph 53.

At the end of the second indent, add: “, with refrigerant flow measurement being accurate to $\pm 3\%$ ”.

Paragraph 54.

Amend the beginning of (e) to read:

“(e) Heat quantity: The heat dissipated by the electrical resistance fan heaters shall not exceed a flow of 1 W/cm^2 and the heater units shall be protected by a casing of low emissivity.”

(rest unchanged).

différence de température indiquée plus haut doit être augmentée de 35 %.”.

Paragraphe 49.

Au a), remplacer « $\Delta\theta$ » par « ΔT » et « $\Delta\theta'$ » par « $\Delta T'$ ».

Au b), remplacer «On vérifiera» par «On contrôle par des essais».

Au c), remplacer « $^{\circ}C$ » par « K ».

Au d) i), remplacer «Si les résultats sont défavorables» par «Si les résultats ne sont pas satisfaisants».

Au d) ii), lire la dernière phrase comme suit: «Si les résultats de ces examens et du contrôle de l'efficacité sont satisfaisants, tous ces engins pourront être maintenus en service, dans leur classe d'origine, pour une nouvelle période de 6 ans.».

Paragraphe 51. Lire comme suit:

«Dans le cas d'un groupe monté soit sur un caisson calorimétrique, soit sur la caisse isotherme d'un engin de transport et fonctionnant de manière continue, la puissance est déterminée par la formule:

$$W_o = W_j + U \cdot \Delta T$$

où

U est le coefficient de déperdition thermique du caisson calorimétrique ou de la caisse isotherme, en $W/^{\circ}C$,

ΔT est la différence entre la température moyenne intérieure T_i et la température moyenne extérieure T_e du caisson calorimétrique ou de la caisse isotherme, en K ,

W_j est la chaleur dissipée par le dispositif de chauffage ventilé pour maintenir la différence de température à l'équilibre.»

Paragraphe 53.

A la fin du deuxième paragraphe, ajouter: «, le débit de frigorigène devant être mesuré avec une précision de $\pm 3\%$.»

Paragraphe 54.

Lire le début du e) comme suit:

«e) La quantité de chaleur: La chaleur dissipée par les dispositifs de chauffage à résistances électriques ventilées ne doit pas dépasser un flux thermique de 1 watt/cm^2 et les dispositifs de chauffage doivent être protégés par une enveloppe à faible pouvoir émissif.»

(le reste sans changement).

Bei neuen Beförderungsmitteln ist der oben genannte Temperaturunterschied um 35 % zu erhöhen.“

Ziffer 49

Unter Buchstabe a wird das Symbol „ $\Delta\theta$ “ durch das Symbol „ ΔT “ ersetzt und das Symbol „ $\Delta\theta'$ “ wird durch das Symbol „ $\Delta T'$ “ ersetzt.

Unter Buchstabe c wird das Zeichen „ $^{\circ}C$ “ durch das Zeichen „ K “ ersetzt.

(Die übrigen Änderungen betreffen nicht die deutsche Fassung.)

Ziffer 51 wird wie folgt gefasst:

„Bei Anbringung an einer Kalorimeterbox oder am wärmedämmten Kasten eines Beförderungsmittels ist diese Leistung im Beharrungszustand:

$$W_o = W_j + U \cdot \Delta T$$

wobei

U der Wärmedurchgang der Kalorimeterbox oder des wärmedämmten Kastens in $Watt/^{\circ}C$ ist,

ΔT die Differenz zwischen der mittleren Innentemperatur T_i und der mittleren Außentemperatur T_e der Kalorimeterbox oder des wärmedämmten Kastens in K ist,

W_j die Wärme ist, die durch die Ventilatorheizeinrichtung eingebracht wird, um die jeweiligen Temperaturunterschiede im Gleichgewicht zu halten.“

Ziffer 53

Am Ende des zweiten Absatzes werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und die Wörter „wobei der Strom des Kältemittels mit einer Genauigkeit von $\pm 3\%$ gemessen wird.“ angefügt.

Ziffer 54

Der erste Satz des Buchstabens e wird wie folgt gefasst:

„e) Wärmemenge: Der Wärmefluss durch die Ventilatorheizeinrichtungen mit elektrischen Widerständen darf 1 W/cm^2 nicht überschreiten, die Heizgeräte sind mit einem Gehäuse mit geringer Strahlungsemission zu versehen.“

(Ab hier unverändert).

Paragraph 55. Amend to read:

“Test conditions

- (i) The average air temperature at the inlet(s) to the refrigeration unit shall be maintained at $30\text{ °C} \pm 0,5\text{ K}$. The maximum difference between the temperatures at the warmest and at the coldest points shall not exceed 2 K.
- (ii) Inside the calorimeter box or the insulated body of the unit of transport equipment (at the air inlet to the evaporator): there shall be three levels of temperature between -25 °C and $+12\text{ °C}$ depending on the characteristics of the unit, one temperature level being at the minimum prescribed for the class requested by the manufacturer with a tolerance of $\pm 1\text{ K}$.

The mean inside temperature shall be maintained within a tolerance of $\pm 0,5\text{ K}$. During the measurement of refrigerating capacity, the heat dissipated within the calorimeter box or the insulated body of the unit of transport equipment shall be maintained at a constant level with a tolerance of $\pm 1\%$.

When presenting a refrigeration unit for test, the manufacturer shall supply:

- Documents describing the unit to be tested;
- A technical document outlining the parameters that are most important to the functioning of the unit and specifying their allowable range;
- The characteristics of the equipment series tested; and
- A statement as to which prime mover(s) shall be used during testing.”.

Paragraph 56.

(French Version only.)

Paragraph 57.

Read the last indent as follows:

“with automatic controls of the refrigeration unit which unload individual cylinders (to tune the capacity of the refrigeration unit to motor output) the test shall be carried out with the number of cylinders appropriate for the temperature.”.

Paragraphe 55. Lire comme suit:

«Conditions de l'essai

- i) La température moyenne de l'air à l'entrée ou aux entrées d'air du groupe frigorifique sera maintenue à $30\text{ °C} \pm 0,5\text{ K}$. La différence maximale entre la température du point le plus chaud et celle du point le plus froid ne doit pas dépasser 2 K.
- ii) A l'intérieur du caisson calorimétrique ou de la caisse isotherme de l'engin de transport (à l'entrée de l'air dans l'unité de refroidissement): pour trois niveaux de température compris entre -25 °C et $+12\text{ °C}$, selon les performances du dispositif de production de froid, dont l'un à la température de classe minimum demandée par le constructeur avec une tolérance de $\pm 1\text{ K}$.

Les températures moyennes intérieures seront maintenues avec une tolérance de $\pm 0,5\text{ K}$. La puissance thermique dépensée à l'intérieur du caisson calorimétrique ou de la caisse isotherme de l'engin de transport sera maintenue à une valeur constante avec une tolérance de $\pm 1\%$ lors du mesurage de la puissance frigorifique.

Quand un groupe frigorifique est présenté, pour essai, le fabricant doit fournir:

- Une documentation descriptive du groupe;
- Une documentation technique qui indique les valeurs des paramètres les plus importants au bon fonctionnement du groupe et spécifiant leur plage admissible;
- Les caractéristiques de la série du matériel essayé; et
- Une déclaration indiquant la source d'énergie qui sera utilisée pour le groupe thermique pendant l'essai.»

Paragraphe 56.

Modifier comme suit:

- b) Troisième alinéa, remplacer «le régime maximal» par «la puissance frigorifique maximale»;

Sixième alinéa, remplacer «avec chacune d'elles» par «en conséquence».

Paragraphe 57.

Lire le dernier alinéa comme suit:

«lorsqu'une régulation automatique du groupe agit par délestage de cylindres du compresseur (pour adapter la puissance frigorifique du groupe à la puissance fournie par le moteur d'entraînement de celui-ci), l'essai sera réalisé avec le nombre de cylindres en service pour chaque niveau de température.».

Ziffer 55 wird wie folgt gefasst:

„Prüfbedingungen

- i) Die durchschnittliche Lufttemperatur am Lufteintritt der Kältemaschine (verflüssigerseitig) muss auf $30\text{ °C} \pm 0,5\text{ K}$ gehalten werden. Die maximale Differenz zwischen den Temperaturen am wärmsten und am kältesten Punkt darf 2 K nicht übersteigen.
- ii) Im Innern der Kalorimeterbox oder des wärmegeprägten Kastens des Beförderungsmittels (am Lufteinlass des Verdampfers): Dort müssen je nach den Merkmalen der Kältemaschine drei Temperaturniveaus zwischen -25 °C und $+12\text{ °C}$ vorgesehen sein, wobei ein Temperaturniveau mit einer Toleranz von $\pm 1\text{ K}$ dem Mindestwert entspricht, der für die vom Hersteller beantragte Klasse vorgeschrieben ist.

Die mittlere Innentemperatur ist innerhalb einer Toleranz von $\pm 0,5\text{ K}$ zu halten. Während der Messung der Kälteleistung ist die Wärme, die in die Kalorimeterbox oder den wärmegeprägten Kasten des Beförderungsmittels eingebracht wird, auf einem konstanten Wert mit einer Abweichung von $\pm 1\%$ zu halten.

Zur Prüfung einer Kältemaschine hat der Hersteller nachfolgend aufgeführte Beschreibungen der zu prüfenden Einheit vorzulegen:

- eine technische Beschreibung mit Angabe der Parameter, die für den Betrieb der Einheit am wichtigsten sind und die den zulässigen Bereich kennzeichnen,
- die Kenngrößen der in Serie hergestellten geprüften Kältemaschine und
- die Angabe, welche Antriebsmaschine(n) während der Prüfung zu verwenden ist (sind).“

Ziffer 56

(betrifft nur die französische Version)

Ziffer 57

Der letzte Satz wird wie folgt gefasst:

„Bei Kältemaschinen mit automatischer Zylindersteuerung (um die Leistung der Kältemaschine an die Motorleistung anzupassen) muss die Prüfung mit der Anzahl der Zylinder durchgeführt werden, die für die Temperatur angemessen ist.“

Paragraph 58.

Amend (ii) to read as follows:

“(ii) the rate of air circulation is that specified by the manufacturer.

If the air circulation of a refrigeration unit's evaporator fans is to be measured, methods capable of measuring the total delivery volume shall be used. Use of one of the relevant existing standards, i.e. BS 848, ISO 5801, AMCA 210-85, DIN 24163, NFE 36101, NF X10.102, DIN 4796 is recommended;”.

Model No. 2 A

Replace “θ” with “T”.

Model No. 2 B

Replace “θ” with “T”.

Model No. 4 A

(French version only).

Model No. 4 B

(French version only).

Model No. 4 C

(French version only).

Model No. 5

(French version only).

Model No. 6

(French version only).

Annex 1, Appendix 4

Delete the following:

“Class B mechanically refrigerated equipment with normal insulation FNB 1)

Class C mechanically refrigerated equipment with normal insulation FNC 1)

Class E mechanically refrigerated equipment with normal insulation FNE 1)

Paragraphe 58.

Lire ii) comme suit:

«ii) que le débit d'air brassé est celui spécifié par le constructeur.

Si l'on se propose de mesurer le débit d'air déplacé par les ventilateurs de l'évaporateur d'un groupe frigorifique, on utilise des méthodes capables de mesurer le volume total déplacé. Il est conseillé de reprendre l'une des normes existantes en la matière, à savoir: BS 848, ISO 5801, AMCA 210-85, DIN 24163, NFE 36101, NF X10.102, DIN 4796;».

Modèle No. 2 A

Remplacer «θ» par «T».

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 2 B

Remplacer «θ» par «T».

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 4 A

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 4 B

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 4 C

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 5

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Modèle No. 6

Dernière phrase, remplacer «certificat d'agrément type» par «certificat de conformité de type».

Annexe 1, appendice 4

Supprimer ce qui suit:

«Engin frigorifique normal de classe B FNB 1)

Engin frigorifique normal de classe C FNC 1)

Engin frigorifique normal de classe E FNE 1)

Ziffer 58

Nr. ii wird wie folgt gefasst:

„ii) Die Luftumwälzung entspricht den Angaben des Herstellers.

Wenn die Luftumwälzung der Verdampferventilatoren einer Kältemaschine gemessen wird, sind Verfahren zu wählen, die geeignet sind, die Gesamtfördermenge zu messen. Es wird empfohlen, hierzu eine der vorhandenen relevanten Normen zu verwenden, z. B. BS 848, ISO 5801, AMCA 210-85, DIN 24163, NFE 36101, NF X10.102, DIN 4796 E;“.

Muster Nr. 2 A

Das Symbol „θ“ wird durch das Symbol „T“ ersetzt.

Muster Nr. 2 B

Das Symbol „θ“ wird durch „T“ ersetzt.

Muster Nr. 4 A

(Diese Änderung betrifft nur die französische Fassung.)

Muster Nr. 4 B

(Diese Änderung betrifft nur die französische Fassung.)

Muster Nr. 4 C

(Diese Änderung betrifft nur die französische Fassung.)

Muster Nr. 5

(Diese Änderung betrifft nur die französische Fassung.)

Muster Nr. 6

(Diese Änderung betrifft nur die französische Fassung.)

Anlage 1, Anhang 4

Die folgenden Beförderungsmittel und Unterscheidungszeichen entfallen:

„Beförderungsmittel mit Kältemaschine und mit normaler Wärmedämmung, Klasse B FNB 1)“

„Beförderungsmittel mit Kältemaschine und mit normaler Wärmedämmung, Klasse C FNC 1)“

„Beförderungsmittel mit Kältemaschine und mit normaler Wärmedämmung, Klasse E FNE 1)“

Class F mechanically refrigerated equipment with normal insulation FNF 1)»

Delete the footnote: «1) See transitional provisions in paragraph 5 of this annex.»

At the end of the appendix, replace the model with:

«Model:

FRC 02 - 2011	02 = month (February)	}	of expiry of the certificate»
	2011 = year		

Annex 2, Appendix 1

Amend to read:

**“Monitoring of
air temperatures for
transport of perishable
foodstuffs quick-frozen**

The transport equipment must be fitted with a suitable recording instrument to monitor, at frequent and regular intervals, the air temperatures to which quick-frozen foodstuffs intended for human consumption are subjected.

The measuring instrument must be certified by an accredited body and the documentation must be available for the approval of the competent ATP authorities.

The measuring instruments must comply with standards EN 12830 (Temperature recorders for the transport, storage and distribution of chilled, frozen, deep-frozen/quick-frozen food and ice cream – Tests, performance, suitability) and EN 13486 (Temperature recorders and thermometers for the transport, storage and distribution of chilled, frozen, deep-frozen/quick-frozen food and ice cream – Periodic verification).

Temperature recordings obtained in this manner must be dated and stored by the operator for at least one year or longer, according to the nature of the food.

Measuring instruments shall comply with the provisions of this Appendix one year after the date of entry into force of the above provision. Measuring instruments already installed, but which do not conform to the above standard, before this date, can continue to be used until 31 December 2009.»

Engin frigorifique normal de classe F FNF 1)»

Supprimer la note de bas de page: «1) Voir dispositions transitoires au paragraphe 5 de la présente annexe.»

Lire le modèle à la fin de l'appendice comme suit:

«Modèle:

FRC 02 - 2011	02 = mois (février)	}	d'expira- tion de la validité de l'attesta- tion»
	2011 = année		

Annexe 2, appendice 1

Lire comme suit:

**«Contrôle de
la température ambiante
pour le transport des denrées
périssables surgelées**

L'engin de transport doit être équipé d'un appareil d'enregistrement approprié pour contrôler, à intervalles fréquents et réguliers, la température ambiante à laquelle sont soumises les denrées surgelées destinées à la consommation humaine.

L'appareil de mesure doit être certifié par un organisme accrédité et la documentation doit être disponible pour l'approbation des autorités ATP compétentes.

Les appareils de mesure doivent être conformes aux normes EN 12830 (Enregistreurs de température pour le transport, l'entreposage et la distribution de denrées alimentaires réfrigérées, congelées, surgelées et des crèmes glacées – Essais, performance, aptitude à l'emploi) et EN 13486 (Enregistreurs de température et thermomètres pour le transport, l'entreposage et la distribution de denrées alimentaires réfrigérées, congelées, surgelées et des crèmes glacées – Vérification périodique).

Les relevés de température obtenus doivent être datés et conservés par l'exploitant pendant une année au moins, sinon plus, selon la nature des denrées.

Les appareils de mesure seront conformes aux dispositions du présent appendice un an après la date d'entrée en vigueur de la disposition énoncée ci-dessus. Les appareils de mesure déjà installés, sans être conformes à la norme susmentionnée, avant cette date, peuvent continuer à être utilisés jusqu'au 31 décembre 2009.»

„Beförderungsmittel mit Kältemaschine und mit normaler Wärmedämmung, Klasse F FNF 1)“

Die Fußnote „1) siehe Übergangsbestimmungen in Anlage 1, Ziffer 5“ entfällt.

Das Beispiel am Ende dieses Anhangs wird durch das folgende Beispiel ersetzt:

„Beispiel:

FRC 02 - 2011	02 = Monat (Februar)	}	des Ab- laufs der Gültigkeit der Beschei- nung“
	2011 = Jahr		

Anlage 2, Anhang 1

wird wie folgt gefasst:

**„Überwachung der
Lufttemperaturen bei der
Beförderung leicht verderblicher
tiefgefrorener Lebensmittel**

Das Beförderungsmittel muss mit einem geeigneten aufzeichnenden Messgerät ausgestattet sein, um bei der Beförderung tiefgefrorener Lebensmittel, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, die Lufttemperaturen häufig und in regelmäßigen Zeitabständen zu kontrollieren.

Die Messgeräte müssen durch eine akkreditierte Stelle zertifiziert werden und die entsprechende Dokumentation muss den zuständigen ATP-Behörden für die Erteilung einer Genehmigung zur Verfügung gestellt werden.

Die Messgeräte müssen den Normen EN 12830 (Temperaturregistriergeräte für den Transport, die Lagerung und die Verteilung von gekühlten, gefrorenen, tiefgefrorenen Lebensmitteln und Eiskrem – Prüfungen, Leistung, Gebrauchstauglichkeit) und EN 13486 (Temperaturregistriergeräte und Thermometer für den Transport, die Lagerung und die Verteilung von gekühlten, gefrorenen, tiefgefrorenen Lebensmitteln und Eiskrem – Regelmäßige Prüfungen) entsprechen.

Die so erzielten Temperaturaufzeichnungen sind von den Unternehmen zu datieren und müssen je nach Art des Lebensmittels ein Jahr oder länger aufbewahrt werden.

Messgeräte müssen den Bestimmungen dieser Anlage ein Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmung entsprechen. Bereits vor diesem Datum eingebaute Messgeräte, die nicht die oben beschriebenen Bedingungen erfüllen, dürfen noch bis zum 31. Dezember 2009 weiterverwendet werden.“

Änderungen des ATP-Übereinkommens, verabschiedet in der dreiundsechzigsten Sitzung

Amendments to the ATP adopted at the sixty-third session

Amendements à l'ATP adoptés par la soixante-troisième session

(Übersetzung)

Annex 1, Appendix 1

Paragraph 6. Amend to read as follows:

“The insulated bodies of “insulated”, “refrigerated”, “mechanically refrigerated” or “heated” transport equipment and their thermal appliances shall each bear a durable manufacturer’s plate firmly affixed by the manufacturer in a conspicuous and readily accessible position on a part not subject to replacement in use. It shall be able to be checked easily and without the use of tools. For insulated bodies, the manufacturer’s plate shall be on the outside of the body. The manufacturer’s plate shall show clearly and indelibly at least the following particulars*):”

(rest unchanged)

Add footnote:

“(*) These requirements shall apply to new plates only. A transitional period of three months shall be granted from the date of entry into force of this requirement.”

Annex 1, Appendix 2

Paragraph 29 (a).

Insert a new sub-paragraph (i) to read as follows:

“(i) The durable manufacturer’s plate affixed by the manufacturer.”

Renummer the other sub-paragraphs (ii) to (vi).

Paragraph 49.

Introduce a new paragraph (d) to read as follows:

“(d) Temperature measuring points

Temperature measuring points protected against radiation shall be placed inside the body and outside the body.

Annexe 1, appendice 1

Paragraphe 6. Modifier comme suit:

«Les caisses isothermes des engins de transport «isothermes», «réfrigérants», «frigorifiques» ou «calorifiques» et leur dispositif thermique doivent être munis chacun d’une plaque d’identification solidement apposée par le constructeur, de manière permanente et visible, en un endroit facilement accessible, sur un élément non soumis à remplacement pendant la période d’utilisation. Cette plaque doit pouvoir être vérifiée aisément et sans l’aide d’outils. Pour les caisses isothermes, la plaque du constructeur doit être apposée sur la partie extérieure de la caisse. Elle doit comporter, inscrites de manière claire et indélébile, les indications minimales ci-après*):»

(Le reste sans changement)

Ajouter la note de bas de page ci-après:

“(*) Ces prescriptions concernent uniquement les nouveaux engins. Une période transitoire de trois mois sera accordée à partir de la date d’entrée en vigueur de ces prescriptions.»

Annexe 1, appendice 2

Paragraphe 29 a).

Ajouter un nouvel alinéa i), libellé comme suit:

«i) La plaque d’identification apposée de manière durable par le constructeur.»

Renuméroter les autres alinéas ii) à vi).

Paragraphe 49.

Ajouter un nouvel alinéa d), libellé comme suit:

“(d) Points de mesure de la température

Des points de mesure de la température protégés contre le rayonnement seront placés à l’intérieur et à l’extérieur de la caisse.

Anlage 1, Anhang 1

Ziffer 6 wird wie folgt gefasst:

„Die wärmegeämmten Kästen von besonderen Beförderungsmitteln mit Wärmedämmung, mit Kältespeicher, mit Kältemaschine oder mit Heizanlage und ihre kälte- oder wärmeerzeugenden Einrichtungen müssen mit einem dauerhaften Fabrik-schild versehen sein, welches vom Hersteller an einer gut sichtbaren und leicht zugänglichen Stelle fest an einem Teil, das normalerweise im Laufe der Verwendung des Fahrzeugs nicht ersetzt zu werden braucht, anzubringen ist. Es muss leicht und ohne den Gebrauch von Werkzeugen zu überprüfen sein. Bei wärmegeämmten Kästen ist das Fabrik-schild an der Außenseite des Kastens anzubringen. Das Fabrik-schild muss gut lesbar sein und unauslöschlich mindestens die folgenden Angaben enthalten*):“

(Rest unverändert)

Eine Fußnote mit folgendem Wortlaut wird hinzugefügt:

„*) Diese Anforderungen gelten nur für neue Schilder. Es wird eine Übergangszeit von drei Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens dieser Anforderung gewährt.“

Anlage 1, Anhang 2

Ziffer 29

In Buchstabe a wird eine neue Nummer i mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„i) das dauerhaft vom Hersteller ange-brachte Fabrik-schild,“

Die bisherigen Nummern i bis v werden zu den neuen Nummern ii bis vi.

Ziffer 49

Es wird ein neuer Buchstabe d mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„d) Temperaturmesspunkte

Strahlungsgeschützte Temperatur-messpunkte sind innerhalb und außerhalb des Kastens anzubringen.

For measuring the inside temperature of the body (T_i), at least 2 temperature measuring points shall be placed inside the body at a maximum distance of 50 cm from the front wall, 50 cm from the rear door at a height of a minimum of 15 cm and a maximum of 20 cm above the floor area.

For measuring the outside temperature of the body (T_e), at least 2 temperature measuring points shall be placed at a distance of at least 10 cm from an outer wall of the body and at least 20 cm from the air inlet of the condenser unit.

The final reading should be from the warmest point inside the body and the coldest point outside.”

Existing subparagraphs 49 (d) and (e) shall be renumbered accordingly to read (e) and (f).

Paragraph 56 (a).

Amend the existing text to read as follows:

“(a) Cooling phase; the initial temperature of the calorimeter box or transport equipment shall be 30 °C ± 3 K. It shall then be lowered to the following temperatures: -25 °C for -20 °C class, -13 °C for -10 °C class or -2 °C for 0 °C class;”

Model No. 1 B

Amend to read as follows:

“[...]

Structural peculiarities of the tank: 5)
.....

Number, dimensions and description of manholes.....

Description of manhole covers

Number, dimensions and description of discharge piping.....

Number and description of tank cradles

Accessories.....
[...].”

Annex 2

Amend Annex 2, paragraph 1, second subparagraph, first sentence to read as follows.

“By that means the equipment used for the transport of quick-frozen foodstuffs shall be fitted with the device referred to in appendix 1 to this annex.”

Pour mesurer la température à l’intérieur de la caisse (T_i), au moins deux points de mesure de la température seront placés à l’intérieur de la caisse à une distance maximale de 50 cm de la paroi avant et de 50 cm de la porte arrière et à une hauteur d’au moins 15 cm et au plus 20 cm au-dessus du plancher.

Pour mesurer la température à l’extérieur de la caisse (T_e), au moins deux points de mesure de la température seront placés à une distance d’au moins 10 cm d’une paroi extérieure de la caisse et d’au moins 20 cm de l’entrée d’air du condenseur.

Le dernier relevé devrait provenir du point le plus chaud à l’intérieur de la caisse et du point le plus froid à l’extérieur.».

Les alinéas d) et e) existants du paragraphe 49 deviennent en conséquence les alinéas e) et f).

Paragraphe 56 a).

Modifier le texte existant comme suit:

«a) Phase de refroidissement: la température initiale du caisson calorimétrique ou de l’engin de transport est de 30 °C ± 3 K. Puis elle doit être abaissée aux températures suivantes: -25 °C pour la classe de température de -20 °C, -13 °C pour la classe de température de -10 °C ou -2 °C pour la classe de température de 0 °C;»

Modèle No. 1 B

Modifier comme suit:

«[...]

Particularités de structure de la citerne⁵⁾: ..
.....

Nombre, dimensions et description des trous d’homme

Description du couvercle des trous d’homme

Nombre, dimensions et description de la tubulure de vidange.....

Nombre et description des berceaux de fixation au châssis.....

Dispositifs accessoires.....
[...].”

Annexe 2

Modifier comme suit la première phrase du deuxième alinéa du paragraphe 1 de l’annexe 2:

«L’engin utilisé pour le transport de denrées surgelées sera équipé du dispositif visé à l’appendice 1 de la présente annexe.».

Zur Messung der Innentemperatur des Kastens (T_i) sind mindestens zwei Temperaturmesspunkte innerhalb des Kastens in einem Abstand von höchstens 50 cm zur Frontseite, 50 cm zur Hecktür und einer Höhe von mindestens 15 cm und höchstens 20 cm über der Bodenfläche anzubringen.

Zur Messung der Außentemperatur des Kastens (T_e) sind mindestens zwei Temperaturmesspunkte in einem Abstand von mindestens 10 cm von einer Außenwand des Kastens und mindestens 20 cm vom Lufteintritt des Kondensators anzubringen.

Die Ablesung soll am wärmsten Punkt innerhalb des Kastens und am kältesten Punkt außerhalb des Kastens erfolgen.“

Die bisherigen Buchstaben d und e werden zu den neuen Buchstaben e und f.

Ziffer 56

Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) Während der Abkühlphase muss die Anfangstemperatur der Kalorimeterbox oder des Beförderungsmittels 30 °C ± 3 K sein. Sie ist dann wie folgt abzusenken: auf eine Temperatur von -25 °C bei den für -20 °C ausgelegten Klassen, auf -13 °C bei den für -10 °C ausgelegten Klassen oder auf -2 °C bei den für 0 °C ausgelegten Klassen;“

Muster Nr. 1 B

wird wie folgt geändert:

„[...]

Bauliche Besonderheiten des Kessels: 5) ...
.....

Anzahl, Abmessungen und Beschreibung der Mannlöcher

Beschreibung der Mannlochdeckel.....

Anzahl, Abmessungen und Beschreibung der Entleervorrichtungen.....

Anzahl und Beschreibung der Kesselsattel.....

Zusatzeinrichtungen:
[...].“

Anlage 2

Ziffer 1, zweiter Absatz, erster Satz wird wie folgt gefasst:

„Daher sind Transportbehältnisse, die zur Beförderung tiefgefrorener Lebensmittel verwendet werden, mit der in Anhang 1 zu dieser Anlage beschriebenen Vorrichtung auszustatten.“

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-neuseeländischen Abkommens
über den vorübergehenden Aufenthalt
von Mitgliedern der Streitkräfte von Neuseeland
auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
(deutsch-neuseeländisches Streitkräfteaufenthaltsabkommen)
sowie der dazugehörigen Verordnung**

Vom 21. April 2009

Nach Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung vom 26. Februar 2009 zu dem Abkommen vom 4. November 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Neuseeland über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Neuseeland auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Verordnung zum deutsch-neuseeländischen Streitkräfteaufenthaltsabkommen) – BGBl. 2009 II S. 166, 167 – wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 1

am 20. März 2009

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass mit Inkrafttreten des Abkommens auch die Verordnung vom 26. Februar 2009 zu dem Abkommen nach ihrem Artikel 2 Absatz 1

am 20. März 2009

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 21. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Camber Corporation“
(Nr. DOCPER-AS-27-10)**

Vom 21. April 2009

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 19. März 2009 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Camber Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-27-10) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 19. März 2009

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 19. März 2009

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0038 vom 19. März 2009 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Camber Corporation einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-27-10 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Camber Corporation zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Camber Corporation wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer erbringt analytische Unterstützung für den Kommandobereich bei der Durchführung des Defense Readiness Reporting System des US-Verteidigungsministeriums. Er analysiert Daten, erstellt Berichte, führt das Konfigurationsmanagement durch, leitet Schulungsmaßnahmen, bestimmt die system- und organisationsbezogene Einsatzbereitschaft, erfasst und verarbeitet diesbezügliche Daten und führt

Vortragspräsentationen für Generäle beim US European Command durch. Dieser Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit: Functional Analyst (Anhang II.6.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Camber Corporation wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-27-10 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Camber Corporation endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 19. Oktober 2008 bis 18. Oktober 2013 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 19. März 2009 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0038 vom 19. März 2009 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 19. März 2009 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Sterling Medical Corporation“
(Nr. DOCPER-TC-30-03)**

Vom 21. April 2009

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 19. März 2009 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Corporation“ (Nr. DOCPER-TC-30-03) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 19. März 2009

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 19. März 2009

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0036 vom 19. März 2009 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Sterling Medical Corporation einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-30-03 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Sterling Medical Corporation zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Sterling Medical Corporation wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer erbringt medizinische Leistungen und ist Hauptansprechpartner mit Verantwortung für Gesundheit und Wohlbefinden für die zugewiesenen Patienten. Die Aufgaben umfassen: Untersuchung von Patienten, Erarbeitung differenzierter Diagnosepläne, Festlegung und Anordnung von erforderlichen diagnostischen Tests, telefonische Patientenberatung mit Unterstützung des Klinikpersonals, Erbringung von präventiver Primärversorgung und Weiterbehandlung, Auslegung der Untersuchungs- und Testergebnisse sowie Umsetzung von Behandlungsplänen. Der Auftragnehmer bestimmt den Beratungsbedarf und bietet Unterstützung bei der Anweisung anderer Fachärzte erfolgender Betreuung und Behandlung. Dieser Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit: Physician.

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Sterling Medical Corporation wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-30-03 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Sterling Medical Corporation endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach

Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 19. März 2009 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0036 vom 19. März 2009 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 19. März 2009 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

Vom 22. April 2009

I.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569, 1570) ist nach seinem Artikel 27 Absatz 2 für die

Bahamas am 23. März 2009
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

in Kraft getreten.

II.

Die Bahamas haben bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 23. Dezember 2008 nachstehende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“The Government of the Bahamas interprets non-discrimination as to national origin as not necessarily implying an obligation on States automatically to guarantee to foreigners the same rights as to their nationals. The term should be understood to refer to the elimination of any arbitrary behavior but not of differences in treatment based on objective and reasonable considerations, in conformity with principles prevailing in democratic societies.”

„Die Regierung der Bahamas legt Nicht-diskriminierung hinsichtlich der nationalen Herkunft so aus, dass hiermit nicht notwendigerweise die Verpflichtung eines Staates gemeint ist, Ausländern automatisch die gleichen Rechte wie seinen Staatsangehörigen zu gewährleisten. Der Begriff sollte so verstanden werden, dass er sich auf die Beseitigung jeglicher Form von willkürlichem Verhalten bezieht, nicht jedoch auf unterschiedliche Behandlung aufgrund objektiver und plausibler Erwägungen, die im Einklang mit den in demokratischen Gesellschaften herrschenden Grundsätzen stehen.“

III.

Ruanda hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 15. Dezember 2008 die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 9. März 1976, BGBl. II S. 428).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Januar 2009 (BGBl. II S. 136).

Berlin, den 22. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls
zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels,
insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der
Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität**

Vom 22. April 2009

I.

Das Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 995) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Irak	am 11. März 2009
Vereinigte Arabische Emirate	am 20. Februar 2009
nach Maßgabe des nachstehend abgedruckten Vorbehalts.	

II.

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 21. Januar 2009 den nachstehenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Arabic)

... the Government of the United Arab Emirates ... formally accedes thereto, with a reservation to article 15, paragraph 2, concerning arbitration. It does not therefore consider itself bound by article 15, paragraph 2.

(Übersetzung) (Original: Arabisch)

... die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate tritt [dem Zusatzprotokoll] förmlich bei unter Anbringung eines Vorbehalts zu Artikel 15 Absatz 2 hinsichtlich der Beilegung von Streitigkeiten. Sie betrachtet sich daher durch Artikel 15 Absatz 2 nicht als gebunden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Dezember 2008 (BGBl. 2009 II S. 105).

Berlin, den 22. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China
über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen
und über die Überstellung flüchtiger Straftäter**

Vom 22. April 2009

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 29. Januar 2009 zu den Abkommen vom 26. Mai 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen und über die Überstellung flüchtiger Straftäter (BGBl. 2009 II S. 62, 64, 75) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen nach seinem Artikel 20 Absatz 1 sowie das Abkommen über die Überstellung flüchtiger Straftäter nach seinem Artikel 23 Absatz 1

am 11. April 2009

in Kraft getreten sind.

Berlin, den 22. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 13
zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe**

Vom 24. April 2009

Das Protokoll Nr. 13 vom 3. Mai 2002 zur Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 2004 II S. 982, 983) wird nach seinem Artikel 7 Absatz 2 für

Italien

am 1. Juli 2009

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Februar 2009 (BGBl. II S. 382).

Berlin, den 24. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 24. April 2009

I.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533, 1534) ist nach seinem Artikel 49 Absatz 2 für die

Bahamas am 23. März 2009
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts
in Kraft getreten.

II.

Die Bahamas haben bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 23. Dezember 2008 nachstehenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

“The Government of The Bahamas recognizes and accepts the principle of compensation for wrongful imprisonment contained in paragraph 6 of article 14, but the problems of implementation are such that the right not to apply that principle is presently reserved.”

„Die Regierung der Bahamas anerkennt und akzeptiert den in Artikel 14 Absatz 6 enthaltenen Grundsatz der Entschädigung für rechtswidrig erlittene Haft, doch behält sie sich aufgrund der Probleme hinsichtlich der Umsetzung derzeit das Recht vor, diesen Grundsatz nicht anzuwenden.“

III.

Irland hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 26. Januar 2009 die vollständige Rücknahme seines Vorbehalts zu Artikel 14 des Paktes notifiziert (vgl. die Bekanntmachungen vom 31. März 1992, BGBl. II S. 361, und vom 26. Februar 1999, BGBl. II S. 294).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Januar 2009 (BGBl. II S. 176).

Berlin, den 24. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

Vom 28. April 2009

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am 27. Februar 2009
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und der Erklärung	
Finnland	am 12. Februar 2009
Libyen	am 21. Januar 2009
Nicaragua	am 27. März 2009
Paraguay	am 28. Februar 2009.

II.

Aserbaidschan hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Januar 2009 seinen bei Unterzeichnung angebrachten Vorbehalt und die Erklärung bestätigt:

(Übersetzung)

Confirmation of reservation made upon signature	Bestätigung des bei der Unterzeichnung angebrachten Vorbehalts
“In accordance with paragraph 2 of Article 23, the Republic of Azerbaijan declares that it does not consider itself bound by paragraph 1 of Article 23 of the Convention.”	„Im Einklang mit Artikel 23 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Republik Aserbaidschan, dass sie sich durch Artikel 23 Absatz 1 des Übereinkommens nicht als gebunden betrachtet.“
Confirmation of declaration made upon signature	Bestätigung der bei der Unterzeichnung abgegebenen Erklärung
“The Republic of Azerbaijan declares that it will be unable to guarantee compliance with the provisions of the Convention in its territories occupied by the Republic of Armenia until these territories are liberated from that occupation.”	„Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass sie die Einhaltung des Übereinkommens in den von der Republik Armenien besetzten Gebieten erst dann gewährleisten kann, wenn diese Gebiete von der Besatzung befreit sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Februar 2009 (BGBl. II S. 283).

Berlin, den 28. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

Vom 28. April 2009

Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206, 207) ist nach seinem Artikel 38 Absatz 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den

Seychellen

am 1. April 2009

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. März 2008 (BGBl. II S. 274).

Berlin, den 28. April 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel